

3 **Thesen für ein Programm der LINKEN**

4 **I. DIE LINKE – Ursprünge und Ziele**

5 DIE LINKE ist Teil der sozialen und demokratischen Bewegungen in Deutschland
6 und der Welt. Sie steht in der Tradition der Arbeiterbewegung und der Frauenbewe-
7 gung, der Bewegungen für Frieden und internationale Solidarität und für den Schutz
8 der Umwelt. Sie tritt ein für Gerechtigkeit und gleiche Rechte aller Menschen, unab-
9 hängig von ihrer Herkunft, Geschlecht oder Alter, sexueller Orientierung, Religion
10 oder Weltanschauung. Für Demokratie und Freiheit in sozialer Sicherheit.

11 Grundlagen für die historische Spaltung der Arbeiterbewegung sind entfallen. Die
12 LINKE vereint in sich Menschen und knüpft an linke und demokratische Positionen
13 und Traditionen sowohl aus der sozialistisch-sozialdemokratischen wie der der kom-
14 munistischen und anderen Richtungen. Heute ist die Frage: Werden soziale, eman-
15 zipatorische, ökologische und demokratische Bedürfnisse der Menschen den Inte-
16 ressen und vermeintlichen Sachzwängen der kapitalistischen Wirtschaft untergeord-
17 net oder nicht? DIE LINKE erneuert den Anspruch und will einen neuen Anlauf un-
18 ternehmen, um die Vorherrschaft des Kapitals und der Reichen zu überwinden und
19 einen demokratischen Sozialismus aufzubauen.

20 Die Möglichkeiten für ein besseres Leben und eine andere Welt bestehen. Die pro-
21 duktiven Kräfte der Menschheit, Not und Elend zu überwinden, waren noch nie so
22 groß wie heute, und sie wachsen weiter. Doch sie werden nicht genutzt. Wir wollen,
23 dass alle Menschen nach ihren Fähigkeiten und Neigungen am gesellschaftlich or-
24 ganisierten Arbeitsprozess mitwirken und nach ihren Leistungen und Bedürfnissen
25 am Reichtum teilhaben können. Es sind die ungerechten gesellschaftlichen und glo-
26 balen Verhältnisse, die dies verhindern.

27

28 **II. Der Kapitalismus der Gegenwart**

29 Die Bedingungen, unter denen wir für eine bessere Welt kämpfen, werden seit mehr
30 als zweihundert Jahren vom Kapitalismus bestimmt. Kapitalistische Interessen be-
31 herrschen Wirtschaft, Gesellschaft und Staat.

32 Die soziale Frage: Die kapitalistische Wirtschaftsweise hat mit Profitstreben und
33 Konkurrenz zu einem enormen Wachstum des materiellen Reichtums und der Pro-
34 duktivität geführt. Doch zugleich wuchsen soziale Ungleichheit und Unsicherheit,
35 Ausgrenzung und Entfremdung. Immer wieder bringt die kapitalistische Marktwirt-
36 schaft Krisen und Massenarbeitslosigkeit hervor.

37 In den letzten Jahrzehnten ist der Widerspruch zwischen den produktiven Möglichkei-
38 ten der Menschen und der Wirklichkeit ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse immer
39 größer geworden. Besonders krass wird dies im globalen Maßstab deutlich. Große
40 Teile der Weltbevölkerung leiden unter Armut, Unterernährung und vermeidbaren
41 Krankheiten. Sie haben keinen Zugang zu gesundem Wasser, zunehmend sind auch
42 Luft und Boden mit giftigen Stoffen belastet. Ohne Bildung und reguläre Erwerbsar-
43 beit haben sie kaum Chancen, ihrem Elend zu entrinnen. Die Rohstoffe ihrer Länder,
44 der genetische Reichtum der Pflanzen- und Tierwelt und in Jahrtausenden entwickel-
45 te Kenntnisse ihrer Nutzung werden für die kapitalistischen Unternehmen und den

46 Verbrauch der reicheren Länder ausgebeutet.

47 Patriarchat: Die Unterdrückung der Frauen, die älter ist als der Kapitalismus, setzt
48 sich fort und nimmt neue Formen an. Frauen leisten mehr gesellschaftlich notwendige
49 Arbeit als Männer, sie erhalten weniger Entgelt und verfügen nur über einen kleinen
50 Teil des Reichtums, sie sind männlicher Gewalt ausgesetzt, sie stellen nur einen
51 geringen Teil der Führungspositionen in Wirtschaft und Politik.

52 Die ökologische Frage: Die kapitalistisch geprägte Produktion und Lebensweise ver-
53 braucht die nicht erneuerbaren natürlichen Ressourcen der Erde, die ein gemeinsames
54 Erbe aller Menschen und ihrer Nachkommen sind. Die Atmosphäre wird mit
55 Treibhausgasen und anderen Schadstoffen belastet. Vermehrt treten extreme Stür-
56 me, Überschwemmungen oder Dürre auf. Darunter leiden diejenigen Teile der Welt-
57 bevölkerung am meisten, die am wenigsten an den kapitalistisch erzeugten Reichtü-
58 mern teilhaben. Den kommenden Generationen drohen globale ökologische Kata-
59 strophen. Die ökologische Frage ist zugleich eine soziale Frage und eine Systemfra-
60 ge.

61 Moderner Imperialismus und Krieg: Die Staaten der kapitalistischen Zentren sorgen
62 dafür, dass ihre Unternehmen in aller Welt Zugriff auf die Ressourcen haben, ihr Ka-
63 pital investieren und verwerten und auf den Märkten ihre Produkte absetzen können.
64 Dazu nutzen sie ihr ökonomisches und militärisches Übergewicht und ihre beherr-
65 schende Rolle in den internationalen Handels- und Finanzinstitutionen. Der moderne
66 Imperialismus stützt sich vor allem auf ökonomische Abhängigkeit und Verschuldung
67 der unterentwickelten Länder und die Zusammenarbeit inländischer Eliten, deren In-
68 teressen mit denen des internationalen Kapitals verflochten sind.

69 Allerdings wird unter Missachtung der Charta der Vereinten Nationen – häufig unter
70 dem Vorwand des Kampfes gegen den Terrorismus oder gegen „Schurkenstaaten“ –
71 auch Gewalt bis hin zum offenen Krieg eingesetzt. Insbesondere die USA setzen
72 weltweit ihr Militär und ihre Geheimdienste ein und rüsten sie immer weiter auf. Aber
73 auch Deutschland beteiligt sich aktiv und unterstützt NATO-Kriege in aller Welt.

74 Rassismus und Diskriminierung von Eingewanderten:

75

76 Kapitalistische Klassengesellschaft und Umverteilung: Durch bessere Technik und
77 Organisation erzeugen die arbeitenden Menschen Jahr für Jahr mehr und bessere
78 Produkte in der gleichen Zeit. Diese wachsende Arbeitsproduktivität ermöglicht stei-
79 gende Einkommen und kürzere Arbeitszeiten. Doch beide Möglichkeiten werden
80 nicht genutzt. Statt kürzerer Arbeitszeiten für alle werden Millionen in die Erwerbslo-
81 sigkeit geschickt. Für die Beschäftigten nehmen Arbeitsdruck und Hetze zu und die
82 Arbeitszeit wird sogar wieder verlängert.

83 Der wachsende Reichtum fließt überwiegend dem Kapital zu. Der Anteil der Löhne
84 am Volkseinkommen sinkt. Die Zahl der Armen nimmt zu, besonders unter den Er-
85 werbslosen. Aber auch immer mehr Beschäftigte, vor allem Frauen, können von ihrer
86 Arbeit kaum leben. Die Massenarbeitslosigkeit ist anhaltend hoch. Ein immer größe-
87 rer Anteil der Erwerbslosen ist seit langer Zeit arbeitslos, viele haben kaum noch
88 Chancen und Hoffnung, jemals wieder eine Arbeit zu finden.

89 Es wird wieder offensichtlicher, dass wir in Deutschland in einer kapitalistischen
90 Klassengesellschaft leben. Die entscheidenden Produktionsmittel und ein großer Teil
91 der Vermögen befinden sich in den Händen einer kleinen Minderheit der Bevölke-
92 rung. Die übergroße Mehrheit dagegen ist darauf angewiesen, durch Erwerbsarbeit

93 ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Die Kluft zwischen Reichen, normal Verdienenden
94 und Armen wird größer.

95 Politik für das Kapital: Die Politik sich zur Helfershelferin der Reichen und Mächtigen
96 gemacht. Sie hat die Ungleichheit durch Steuersenkungen für Unternehmen und
97 Reiche und eine Demontage des Sozialstaats vergrößert. Öffentliche Dienstleistungen
98 sind verschlechtert oder privatisiert worden. Renten, Krankenkassenleistungen
99 und Arbeitslosenunterstützung werden gekürzt. Leiharbeit, Minijobs, die Befristung
100 von Arbeitsverhältnissen und prekäre Selbstständigkeit werden gefördert. Der Zwang
101 zur Annahme jedes noch so schlechten Jobangebots wird verschärft. Damit wird
102 auch der Druck auf die Beschäftigten erhöht, schlechte Löhne und Arbeitsbedingungen
103 hinzunehmen. Angst und Unsicherheit wachsen.

104 Der Neoliberalismus führt die Wachstumsschwäche auf die Einschränkung der privaten
105 Eigentumsrechte und der Marktkräfte durch Staat und Gewerkschaften zurück.
106 Der Wohlfahrtsstaat wird ersetzt durch eine immer umfassendere behördliche Kontrolle,
107 Disziplinierung und Stigmatisierung der Bedürftigen. Immer mehr Menschen
108 werden von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen.

109 Der Neoliberalismus setzt an den widersprüchlichen Entwicklungen des modernen
110 Kapitalismus an. Er appelliert an die Eigenverantwortlichkeit der Menschen und behauptet
111 die grundsätzliche Überlegenheit markt- und konkurrenzgesteuerter Prozesse
112 gegenüber öffentlicher und kollektiver Regulierung. Der Neoliberalismus wendet
113 sich gegen die Demokratie, der substanzielle Gestaltungsmöglichkeiten entzogen
114 werden. Er bedroht die erreichten sozialen und demokratischen Errungenschaften
115 menschlicher Zivilisation. Der Ausgrenzungsdiskurs des Neoliberalismus gegen Arbeitslose
116 und Einkommensschwache als „Schmarotzer“ bildet auch das Scharnier für
117 rechtsradikale Denk- und Verhaltensmuster, in denen vor allem Menschen mit anderer
118 Hautfarbe oder Einwanderungshintergrund als „Parasiten“ bezeichnet und auch
119 so behandelt werden.

120 Klassenkampf von oben: Reale Krisenursachen sind die Dynamik der Kapitalakkumulation
121 und eine falsche, an Interessen von Kapitaleigentümern ausgerichtete, die
122 Nachfrageseite vernachlässigende Politik. Umverteilung von unten nach oben durch
123 Gewinnförderung und Steuersenkungen, Abbau öffentlicher Dienste und sozialer
124 Leistungen sowie verstärkter Druck auf die Lohnabhängigen schwächen die gesellschaftliche
125 Nachfrage und vernichten Arbeitsplätze. Sie vergrößern zugleich die Finanzkrise
126 der öffentlichen Haushalte und der Sozialkassen, die wiederum zur Begründung
127 weiterer Ausgabenkürzungen dient.

128 In den Betrieben und der Gesellschaft wird ein Klassenkampf von oben geführt, um
129 Lohn- und Sozialkosten zu senken und höhere Flexibilität und Anpassungsbereitschaft
130 der Beschäftigten zu erzwingen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen
131 und Infrastruktur sowie sozialer Risiken erschließt dem Kapital zudem neue Felder
132 der Kapitalverwertung. Der Zusammenbruch des Staatssozialismus hat die Offensive
133 des Neoliberalismus gestärkt. Es ist nun nicht mehr nötig, sich auch sozial als
134 gegenüber einem alternativen System überlegen zu zeigen.

135 Der Ausgangspunkt dieses Zurückdrehens historischer Errungenschaften der Lohnabhängigen
136 reicht aber in die Mitte der 1970er Jahre zurück. Die einmaligen Wachstumsbedingungen
137 der Nachkriegsjahrzehnte hatten sich erschöpft. In den wirtschaftlichen Krisenphasen
138 stieg die Arbeitslosigkeit schubweise immer höher und wurde in den Aufschwungsphasen
139 kaum abgebaut. Das schwächer gewordene Wachstum reichte nicht mehr aus, um die
140 rationalisierungsbedingte Freisetzung von Arbeitskräften

141 ten auf neuen Beschäftigungsfeldern zu kompensieren. Die sozial und ökonomisch
142 herrschende Klasse hat auch politisch immer mehr ihre Interessen durchgesetzt.

143 Globalisierung und Dominanz des Finanzkapitals: Das Finanzkapital beherrscht zu-
144 nehmend die wirtschaftlichen Prozesse und krepelt die Produktions- und Vertei-
145 lungsverhältnisse um. Die liberalisierten Finanzmärkte, auf denen das Kapital sich
146 weltweit frei bewegen kann, üben immer mehr Druck aus, Profite zu steigern und an
147 den weltweit höchsten Renditen auszurichten.

148 Die herrschende Politik stellt die Förderung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit
149 und der Interessen des nationalen Kapitals in der Globalisierung in den Mittelpunkt.
150 Die Liberalisierung des internationalen Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehrs
151 wird dabei als angeblicher Sachzwang angeführt, der eine Verbesserung von Löh-
152 nen, sozialen und ökologischen Standards verbiete. Andererseits wird diese neolibe-
153 rale Globalisierung planmäßig von den Staaten im Interesse der Konzerne vorange-
154 trieben.

155 Die Europäische Union ist immer mehr zu einer Liberalisierungs- und Wirtschaftsför-
156 derungsgemeinschaft entwickelt worden. Die Ausweitung und Europäisierung sozia-
157 ler Schutzrechte wird ebenso blockiert wie die notwendige Demokratisierung der In-
158 stitutionen. Statt zu einer international solidarischen Friedensmacht wird die EU zu
159 einer nach außen abgeschotteten Militärmacht entwickelt.

160

161 **III. Alternativen des demokratischen Sozialismus**

162 DIE LINKE will eine grundsätzlich andere Entwicklungsrichtung der Gesellschaft
163 durchsetzen. Nicht mehr die Interessen des Kapitals, sondern die Bedürfnisse der
164 Menschen sollen bestimmend sein. DIE LINKE will den Anspruch aller Menschen auf
165 ein freies, selbstbestimmtes Leben und Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand
166 durchsetzen. DIE LINKE will soziale Gerechtigkeit und Demokratie. Gerechtere Ver-
167 teilungsverhältnisse sind auch wichtig zur Stärkung der Demokratie, weil die Verfü-
168 gung über große finanzielle Mittel auch politische Macht verleiht.

169 • Erwerbsarbeit sozial gestalten und verkürzen: Die Entwicklung der Produktivkräf-
170 te, des gesellschaftlichen Reichtums und der Lebensweise wird wesentlich von
171 der in Formen von Erwerbsarbeit organisierten Produktion von Gütern und Dienst-
172 leistungen bestimmt. Erwerbstätigkeit ist nach wie vor Bedingung und Grundlage
173 für gesellschaftliche Anerkennung und Selbstbestimmung. Lohnarbeit und selb-
174 ständige Arbeit sind im Kapitalismus von Ausbeutung und Entfremdung sowie
175 patriarchalischen Verhältnissen geprägt. Deshalb sind soziale Gestaltung und in-
176 dividuelle Spielräume innerhalb der Erwerbsarbeit zentral.

177 DIE LINKE will gute Arbeit statt ungesicherter, prekärer Beschäftigung. Leiharbeit
178 und Befristungen müssen gesetzlich stark eingeschränkt und gleiches Entgelt für
179 gleiche und gleichwertige Arbeit durchgesetzt werden. Wir fordern einen gesetzli-
180 chen Mindestlohn in existenzsichernder Höhe. Tarifverträge müssen leichter als
181 bisher für allgemeinverbindlich erklärt werden können. Das Entsendegesetz muss
182 künftig für alle Branchen vorschreiben, dass für alle Arbeitenden die Standards
183 des Arbeitsortes gelten. Öffentliche Aufträge dürfen nur an Unternehmen verge-
184 ben werden, die die Tarifverträge einhalten.

185 Die Arbeitszeiten müssen gemäß den Bedürfnissen der Menschen bei vollem
186 Lohnausgleich verkürzt werden. Arbeit für alle, aber weniger Arbeit für die Einzel-
187 nen – das wollen wir als neue Vollbeschäftigung. Zugleich muss die geschlechts-

188 hierarchische Arbeitsteilung zurückgedrängt und die privat in Haushalten geleiste-
189 te gesellschaftlich notwendige Arbeit gerechter auf alle Männer und Frauen ver-
190 teilt werden.

191 Eine gerechtere Einkommensverteilung schafft zugleich mehr Beschäftigung, weil
192 niedrige Einkommen in stärkerem Maße als hohe nachfragewirksam ausgegeben
193 werden, anstatt in Finanzanlagen zu fließen. Nur wenn die Löhne regelmäßig zu-
194 mindest so stark steigen wie Produktivität plus Preise, entsteht genügend Kauf-
195 kraft für mehr Arbeitsplätze.

196 • Wirtschafts- und Finanzpolitik muss die inländische Nachfrage stärken und für ein
197 sozial und ökologisch gesteuertes, qualitatives Wachstum sorgen. DIE LINKE for-
198 dert deshalb groß angelegte öffentliche Zukunfts- und Investitionsprogramme in
199 Bildung, soziale, ökologische und Verkehrsinfrastruktur. Die öffentliche und öffent-
200 lich finanzierte Beschäftigung in diesen Bereichen ist massiv auszuweiten.

201 Wir wollen eine aktive Arbeitsmarktpolitik, die sich auf Gruppen konzentriert, die
202 besonders schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Wir wollen einen öf-
203 fentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbauen, in dem ihnen sinnvolle und
204 tariflich bezahlte Arbeitsplätze angeboten und zugleich soziale, kulturelle und
205 ökologische Bedarfe befriedigt werden, die der Markt nicht abdeckt.

206 Die öffentlichen Finanzen wollen wir durch höhere Einnahmen mit einer gerechten
207 Steuerpolitik stärken. Nur Reiche können sich einen armen Staat leisten. Konzer-
208 ne und andere profitable Unternehmen müssen wieder mehr Steuern zahlen.
209 Steuerschlupflöcher für Vermögende und Großverdiener wollen wir schließen und
210 den Spitzensteuersatz auf mindestens 50 Prozent anheben

211 • Sozialstaat: Freiheit, Selbstbestimmung und demokratische Mitgestaltung erfor-
212 dern soziale Sicherheit. Allen Mitgliedern der Gesellschaft müssen Wohnung und
213 Lebensmittel, Bildung, medizinische Leistungen und Pflege, Informations- und
214 Kommunikationsmöglichkeiten, kulturelle Angebote und Mobilität zur Verfügung
215 stehen.

216 Wir wollen ein hochwertiges und soziales Gesundheitswesen und eine men-
217 schenwürdige Pflege. In der Krankenversicherung müssen alle Bevölkerungs-
218 gruppen und alle Einkommen in eine solidarische und paritätisch finanzierte Bür-
219 gerversicherung einbezogen werden. Diese muss alle medizinisch notwendigen
220 Leistungen zahlen.

221 Wir wollen sichere und auskömmliche Renten, die eine weitgehende Erhaltung
222 des erarbeiteten Lebensstandards ermöglichen. Finanzielle Belastungen durch
223 einen wachsenden Anteil Älterer an der Bevölkerung müssen solidarisch von al-
224 len getragen werden, statt sie einseitig durch Rentenkürzungen abzuwälzen. In
225 die gesetzliche Rentenversicherung sollen alle Erwerbstätigen einbezogen wer-
226 den. Rente und Arbeitslosengeld sollen einen weitgehenden Erhalt des erarbei-
227 teten Lebensstandards gewährleisten. Wessen Einkommen oder Vermögen bei Er-
228 werbslosigkeit, Erwerbsunfähigkeit und im Alter dennoch nicht ausreicht, muss
229 eine bedarfsgerechte und repressionsfreie soziale Grundsicherung erhalten.

230 • DIE LINKE strebt gleichwertige Lebensbedingungen in allen Regionen der Bun-
231 desrepublik Deutschland an. Notwendig ist insbesondere eine neue Politik zur
232 Entfaltung der Potenziale Ostdeutschlands, um hier eine selbsttragende wirt-
233 schaftliche und soziale Entwicklung zu fördern. Strukturschwache Länder und
234 Regionen müssen in einem kooperativen und sozialen Bundesstaat unterstützt

- 235 werden. Wettbewerbsföderalismus, in dem die Länder gegeneinander mit unter-
 236 schiedliche Steuern und Standards und Bedingungen im öffentlichen Dienst kon-
 237 kurrieren, nützt nur den reichen Ländern und den mobilen Unternehmen und
 238 wohlhabenden Bevölkerungsgruppen.
- 239 • DIE LINKE kämpft für Geschlechtergerechtigkeit und gegen die gesellschaftliche
 240 Dominanz von Männern über Frauen. Durch sozialstaatliche Regelungen und
 241 Dienstleistungen sind gleiche Chancen für Männer und Frauen und die Verein-
 242 barkeit von Familie und Beruf zu fördern. Hierarchische Arbeitsteilungen zwischen
 243 den Geschlechtern wollen wir überwinden. Soziale Beziehungen der Geschlech-
 244 ter müssen den Charakter eines Herrschaftsverhältnisses verlieren.
 - 245 • Ökologischer Umbau: Wir müssen den Verbrauch von Rohstoffen und Energie
 246 und den Ausstoß von Schadstoffen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten
 247 drastisch vermindern, um den Klimawandel zu stoppen. Die Wirtschaft der Zu-
 248 kunft muss auf der Nutzung der Sonne und anderer erneuerbarer Energien und
 249 Rohstoffe beruhen.
 - 250 • Frieden und internationale Zusammenarbeit und Solidarität: Die Ordnung der
 251 Weltwirtschaft und insbesondere der Finanzmärkte muss grundlegend reformiert
 252 werden. Unser Ziel ist eine solidarische Weltwirtschaftsordnung, die Entwick-
 253 lungsperspektiven für die ärmeren Länder, soziale und ökologische Gestaltung
 254 und demokratische Kontrolle ermöglicht, statt die Konkurrenz um Anteile an welt-
 255 weiten Exportmärkten voran zu treiben. Direktinvestitionen und transnationale
 256 Konzerne müssen strengen Regeln und Kontrollen und sozialen und ökologi-
 257 schen Standards unterworfen werden. Internationale Institutionen müssen demo-
 258 kratisiert werden.
- 259 DIE LINKE kämpft gegen imperialistische Kriege und Dominanz. Insbesondere
 260 lehnen wir die Militarisierung der deutschen Außenpolitik durch weltweite Militär-
 261 einsätze der Bundeswehr ab, ebenso wie den Aufbau einer weltweit operierenden
 262 europäischen Streitmacht. Wir engagieren uns im Rahmen der Friedensbewe-
 263 gung, die sich Abrüstung und Völkerverständigung zum Ziel setzt.
- 264 • Die Europäische Union muss eine demokratische, soziale und zivile Macht wer-
 265 den. Hoher Beschäftigungsstand und soziale Rechte müssen Vorrang vor Markt-
 266 freiheit haben. Statt ruinöser Standortkonkurrenz, Sozial-, Steuer- und Lohndum-
 267 ping fordern wir eine europäisch koordinierte Politik für qualitatives Wachstum
 268 und Beschäftigung, soziale und ökologische Nachhaltigkeit und den Erhalt und
 269 Ausbau öffentlicher Güter. Eine Europäische Verfassung muss diese Prinzipien
 270 verankern, die EU grundlegend demokratisieren und offen für demokratisch
 271 durchgesetzte sozialistische Umgestaltungen sein.
 - 272 • DIE LINKE kämpft gegen Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, gegen Antisemi-
 273 tismus und gegen die Diskriminierung von Musliminnen und Muslimen. Sie be-
 274 kämpft rechtsextreme Ideologien und setzt sich für gleiche Rechte für alle hier le-
 275 benden und arbeitenden Menschen ein.
 - 276 • Demokratische Bildung: Schulen und Hochschulen sind öffentlich und demokra-
 277 tisch zu organisieren und gebührenfrei zu finanzieren. Ein einheitliches Ganz-
 278 tagsschulsystem und vorschulische Erziehung für alle sind notwendig. Für ein flä-
 279 chendeckendes und auswahlfähiges Ausbildungsplatzangebot ist eine Umlagefi-
 280 nanzierung der beruflichen Bildung notwendig. Die Teilnahme an Weiterbildungs-
 281 angeboten und die Möglichkeit zur lebenslangen und berufsbegleitenden Qualifi-

282 zierung muss finanziell wie zeitlich für alle möglich gemacht werden.

283 • Kultur und Medien ...

284 • Für DIE LINKE gehören politische und soziale, individuelle und kollektive Frei-
285 heits- und Teilhaberechte zusammen und dürfen nicht gegeneinander ausgespielt
286 werden. Rechtstaatlichkeit und Grundrechte sind für uns unverzichtbare Grundla-
287 gen und dürfen nicht dem Kampf gegen Terror und Kriminalität oder vermeintliche
288 innere oder äußere Feinde untergeordnet werden.

289 • Mehr Demokratie: Demokratie in Staat und Gesellschaft und vor allem in der
290 Wirtschaft sind Grundbedingungen und zentrale Instrumente für den Sozialismus,
291 den DIE LINKE anstrebt. DIE LINKE will demokratische Kontrolle und Mitbestim-
292 mung in der Wirtschaft, in den Massenmedien, in Bildung und Wissenschaften
293 und anderen Gesellschaftsbereichen ausbauen. Damit Demokratie keine leere
294 Hülle wird, brauchen Kommunen und Staat hinreichende finanzielle Mittel und
295 Einwirkungsmöglichkeiten auf wirtschaftliche und soziale Prozesse. Auch deshalb
296 wehren wir uns gegen die Privatisierung öffentlicher Daseinsvorsorge und sozia-
297 ler Sicherungssysteme und stehen wir für eine Stärkung gesellschaftlichen Eigen-
298 tums.

299 Gegen die Versuche neoliberaler Entmachtung der Parlamente treten wir für eine
300 Stärkung der Parlamente als demokratische Entscheidungsgremien ein. Dies
301 steht nicht im Gegensatz zum gleichzeitig positiven Bezug auf außerparlamenta-
302 rische Aktivitäten und die Versuche der Menschen, ihre Angelegenheiten in die
303 eigenen Hände zu nehmen. Zugleich sind erweiterte Möglichkeiten direkt demo-
304 kratischer Entscheidung durch Volksbegehren und Volksabstimmungen zu schaf-
305 fen. Wie in vielen anderen Ländern muss das Recht auf politischen Streik und
306 Generalstreik ausgeübt werden können.

307 • Wirtschaftsdemokratie und Sozialismus: Wir wollen den Kapitalismus, die Domi-
308 nanz kapitalistischer Produktion und Interessen für die gesellschaftliche Entwick-
309 lung überwinden. Die Menschen und ihre Bedürfnisse müssen im Mittelpunkt ste-
310 hen. Die Grundrichtungen der wirtschaftlichen Entwicklung dürfen nicht nur dem
311 Markt und den privaten Unternehmen überlassen, sondern müssen demokratisch
312 gesteuert werden. Erforderlich sind starke und zielgerichtete öffentliche Investiti-
313 onstätigkeit und Nachfragesteuerung sowie leistungsfähige öffentliche Unterneh-
314 men. Eine starke Wettbewerbskontrolle muss die Konzentration wirtschaftlicher
315 Macht verhindern.

316 Entscheidend ist der Ausbau der Wirtschaftsdemokratie und insbesondere die
317 demokratische Regulierung und Kontrolle der Finanzfonds. Alle Formen des Ei-
318 gentums an konzentrierten Produktionsmitteln sind öffentlicher demokratischer
319 Kontrolle und der Mitbestimmung der Beschäftigten zu unterwerfen. Soweit es
320 dazu erforderlich ist, sind Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel
321 zum Zwecke der Vergesellschaftung in Gemeineigentum oder in andere Formen
322 der Gemeinwirtschaft zu überführen, wie es das Grundgesetz der Bundesrepublik
323 Deutschland vorsieht.

324

325 **IV. Politik und Strategie der LINKEN**

326 DIE LINKE streitet für einen grundlegenden Politikwechsel in Deutschland und in Eu-
327 ropa. Für eine Abkehr vom Kurs des Neoliberalismus, hin zu einer demokratischen

328 und sozialen, emanzipatorischen und friedlichen Entwicklung der Gesellschaft und
329 der EU. Die dargestellten Reformalternativen sind die wesentlichen Inhalte der von
330 uns angestrebten neuen Politik und Schritte auf dem Weg zu einem demokratischen
331 Sozialismus.

332 Reformen und der Kampf für eine sozialistische Gesellschaft gehören zusammen.
333 Ökonomisch-soziale Regulierungen, kollektiv-sozialstaatliche Strukturen sowie die
334 Errungenschaften der bürgerlichen Demokratie können Ausgangspunkt für weiterge-
335 hende Veränderungen dieser Gesellschaft sein. DIE LINKE wird gesellschaftlichen
336 Protest, den Einsatz für soziale Verbesserungen und die Entwicklung von Reformal-
337 ternativen unter den gegebenen kapitalistischen Verhältnissen verbinden mit der
338 Entwicklung von Wegen, die über die gegenwärtige Gesellschaft hinausweisen.

339 Ausgangspunkt ist die gesellschaftliche und politische Opposition der LINKEN gegen
340 Neoliberalismus und Kapitalherrschaft, imperialistische Politik und Krieg. Ziel ist ein
341 grundlegender Politikwechsel. Entscheidend dafür ist die bundespolitische Ebene.
342 Hier liegen die meisten Kompetenzen, die dafür notwendig sind, hier erfolgen die
343 wesentlichen Weichenstellungen. Die strategische Kernaufgabe der LINKEN besteht
344 darin, zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse und des ge-
345 sellschaftlichen „Klimas“ beizutragen, um einen solchen Richtungswechsel zu ermög-
346 lichen. Dies erfordert eine offensive Auseinandersetzung mit neoliberalen Ideologien
347 und die populäre Verankerung alternativer, progressiver und kapitalismuskritischer
348 Deutungen und Forderungen.

349 Gelingen kann der Richtungswechsel nur in einem Wechselspiel politischer Ausei-
350 nandersetzungen im parlamentarischen und im außerparlamentarischen Bereich. Wir
351 wollen in der Gesellschaft ein breites Bündnis für eine soziale Gestaltung der Ver-
352 hältnisse formieren. Besonders wichtig sind dabei starke, aktive, kämpferische und
353 politisch eigenständig handelnde Gewerkschaften. Die politische Linke muss Ge-
354 meinsamkeiten mit starken Kräften der Gewerkschaften, globalisierungskritischen
355 und anderen sozialen Bewegungen, Initiativen, progressiver Wissenschaft und Kultur
356 suchen und herstellen. Wir gehen dabei von den gemeinsamen Interessen abhängig
357 Arbeitender in der Bundesrepublik und im europäischen und internationalen Maßstab
358 aus.

359 Regierungsbeteiligungen der LINKEN sind dann sinnvoll, wenn sie uns dem Ziel nä-
360 her bringen, reale Verbesserungen im Sinne unserer programmatischen Zielen
361 durchzusetzen, die Kräfte der Linken und der Bewegungen stärken, und unsere
362 Gegner zurückdrängen. Sie sind also weder pauschal abzulehnen noch unbedingt
363 anzustreben, sondern konkret unter den jeweiligen Bedingungen zu diskutieren und
364 an Kriterien zu binden. Wenn sich die Frage der Regierungsbeteiligung konkret stellt,
365 muss DIE LINKE breit in der Partei und unter Beteiligung ihrer außerparlamentari-
366 schen Basis diskutieren und letztlich in Mitgliederentscheiden klären, wie sie sich
367 verhält.

368 Linke Politik muss sich auch und gerade in Regierungen auf soziale Bewegung und
369 die Mobilisierung außerparlamentarischen Drucks stützen können, um nicht der
370 strukturellen Macht von Kapitalinteressen zu unterliegen. Die Menschen müssen er-
371 mutigt werden, selbst für ihre Interessen in Aktion zu treten.